

ANTRAG

Antragsteller*in: *Elias Reis, Kiano Loacker, Ricardo Grießer*

Tagesordnungspunkt: *13 Anträge*

A2: Service statt Stau – Bezirkshauptmannschaften neu denken

Antragstext

1 Das Land Vorarlberg steht vor einer ernsten Haushaltskrise: Im laufenden Budget
2 muss eingespart werden, der Schuldenstand wächst, und selbst der geplante Abbau
3 von 300 Personalstellen in den nächsten 10 Jahren reicht nicht aus, um
4 nachhaltig gegenzusteuern. Symptome zu bekämpfen kann keine Antwort auf
5 strukturelle Probleme sein!

6 Dabei schlummert erhebliches Einsparungspotenzial in der Verwaltungsstruktur
7 selbst: Vorarlberg unterhält vier Bezirkshauptmannschaften. Personal,
8 Infrastruktur, IT-Systeme und Verwaltungsausgaben könnten durch eine
9 Zusammenlegung deutlich reduziert werden. Spezialisierung und Bündelung von
10 Know-how erhöhen dabei nicht nur die Effizienz, sondern langfristig auch die
11 Servicequalität für Bürgerinnen und Bürger.

12 Das häufigste Argument gegen eine Reform lautet, Bürgernähe gehe verloren. Wir
13 nehmen diese Sorge ernst, halten sie jedoch für überwindbar: Konsequente
14 Digitalisierung und optimierte Prozesse können Leistungen näher zu den Menschen
15 bringen – unabhängig davon, wie viele Amtsgebäude betrieben werden. Eine
16 Zusammenlegung ist daher kein Angriff auf den Bürgerservice, sondern eine
17 Investition in dessen Zukunft.

18 Jeder Euro, der durch klügere Verwaltungsstrukturen gespart wird, steht für
19 Schulen, Pflege und Infrastruktur zur Verfügung. Gerade in Zeiten knapper Mittel
20 ist der Staat zur Effizienz verpflichtet – nicht zuletzt gegenüber der nächsten
21 Generation.

22 **Deshalb fordern wir JUNOS,**

- 23
- dass die Landesregierung die organisatorische Zusammenlegung der vier
24 Bezirkshauptmannschaften Bludenz, Bregenz, Dornbirn und Feldkirch zu zwei

25 einheitlichen Landesverwaltungsbehörden auf die Wege bringt.

26 • dass im Zuge der Zusammenlegung eine konsequente Digitalisierung der
27 Verwaltungsprozesse vorangetrieben wird, um Servicequalität zu steigern
28 und gleichzeitig Kosten zu senken.

29 • dass eine unabhängige Analyse in Auftrag gegeben wird, die konkrete
30 Einsparungspotenziale bei Personal, Infrastruktur und IT durch die
31 Zusammenlegung quantifiziert und transparent macht.

32 • dass Bürgerinnen und Bürger frühzeitig über die geplanten Änderungen
33 informiert werden und die Umstellungen öffentlichkeitswirksam begleitet
34 werden.